



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SENDLINGER STR. 47 80331 MÜNCHEN

Bayerischer Flüchtlingsrat  
Büro Nordbayern  
Gugelstr. 83  
90459 Nürnberg

**Landesverband Bayern**

**Christopher Reiter**  
Referent der Geschäftsführung

Sendlinger Str. 47  
80331 München  
Tel: 089/211 597 22  
Fax: 089/211 597 24  
christopher.reiter@bayern.gruene.de

München, 24.08.2017

**Beantwortung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl**

Sehr geehrter Herr Thal,

im Namen des Landesvorstands schicke ich Ihnen heute beigefügt unsere Beantwortung Ihrer Wahlprüfsteine – in digitaler Form bereits per Mail erfolgt. Wir würden uns über Belegexemplare Ihrer Veröffentlichungen freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Christopher Reiter

**Die Sicherheitslage in Afghanistan wird derzeit von der Bundesregierung neu beurteilt.  
Wie stehen Sie zum Thema Abschiebungen nach Afghanistan?**

Wir lehnen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie Afghanistan ab. Auch für Menschen, die in Deutschland kein Aufenthaltsrecht erhalten haben, gelten die Menschenrechte. Für uns steht das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt.

**Die Qualität der Asyl-Entscheidungen des BAMF ist häufig mangelhaft, weshalb die Zahl der Klagen gegen fehlerhafte Entscheidungen im letzten Jahr stark gestiegen ist.  
Was wollen Sie dagegen tun?**

Um die Qualität der Asylverfahren grundsätzlich zu verbessern, wollen wir verschiedene Maßnahmen durchsetzen: vor der Anhörung sollen AntragstellerInnen Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung haben. Das BAMF-Personal muss zudem umfangreich geschult und beständig weiterqualifiziert werden, so dass sie ihrer Aufgabe nachkommen können. Zudem muss in jedem Einzelfall die Einheit von AnhörerIn und EntscheiderIn sichergestellt werden. Daneben wollen wir die Möglichkeiten des Rechtsschutzes durch einen verbesserten Zugang zu oberen Gerichtsinstanzen ermöglichen.

**Die besondere Schutzwürdigkeit von Ehe und Familie ist im Grundgesetz verankert.  
Wie stehen Sie zur Verweigerung der Familienzusammenführung bei subsidiärem Schutz?  
Finden Sie eine Verweigerung von Geschwisternachzug bei anerkannten minderjährigen Flüchtlingen für gerechtfertigt?**

Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss sofort wieder ermöglicht werden. Denn nur wer seine Familie in Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen. Wir setzen uns für eine Erleichterung des Nachzugs minderjähriger Geschwister von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein, da diese ebenfalls zur Kernfamilie gehören.

**Die Erteilung von Visa für den Nachzug von Familienangehörigen im Ausland dauert oft sehr lange.  
Setzen Sie sich für eine zügige Visaerteilung für nachzugsberechtigte Familienangehörige im Ausland ein?**

Die Visumsverfahren zum Zwecke der Familienzusammenführung müssen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Auch wollen wir mehr Personal an den deutschen Botschaften einsetzen, um die Wartezeiten für Familienangehörigen-Visa zu verkürzen.

**Griechenland und Italien tragen derzeit den größten Teil der Verantwortung bei der Flüchtlingsaufnahme in Europa.  
Wie stehen Sie zu einer gemeinsamen Europäischen Flüchtlingspolitik?**

Die EU braucht einen neuen Anlauf in der gemeinsamen Flüchtlingspolitik. Grundlage müssen das individuelle Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention sein. Zu den Herausforderungen der EU-Flüchtlingspolitik gehört die Durchsetzung eines Aufnahmeverfahrens, das eine geordnete Registrierung und Verteilung, bei aller Staaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligt und die Interessen der Geflüchteten berücksichtigt werden, vorsieht.

Transitzentren zu deklarieren, halten wir für falsch und flüchtlingspolitisch fatal.

**Halten Sie die Klassifizierung in sogenannte „sichere Herkunftsländer“ für angemessen?**

Die Einordnung von Staaten als sogenannte sichere Herkunftsländer wird von uns abgelehnt. Wir brauchen faire und effiziente Verfahren, bei denen der Einzelne im Mittelpunkt steht, die qualitativ gut ausgestaltet sind und keine Fallbearbeitung nach Herkunftsland.

**Halten Sie es für sinnvoll, Flüchtlinge bis zur Entscheidung des BAMF und bei Ablehnung bis zur Ausreise oder Abschiebung in großen Sammellagern festzuhalten und sie mit Arbeitsverboten, Sachleistungen und Residenzpflicht zu traktieren?**

Ein langfristiger Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften und die genannten restriktiven ausländerrechtlichen Maßnahmen sind für die betroffenen Geflüchteten oftmals unzumutbar. Wir wollen schnellere und fairere Asylverfahren, um das lange Warten auf die Entscheidungen zu verkürzen und bessere Entscheidungen zu erhalten. Gleichzeitig wollen wir von Beginn an einen Zugang zu Integrationskursen bieten, so dass die Zeit von den Geflüchteten genutzt werden kann. Davon profitieren alle. Wir lehnen eine Politik ab, die mittels repressiver Maßnahmen Geflüchtete abschrecken soll ab.

**Derzeit laufen in Bayern mehrere Strafverfahren gegen katholische und evangelische Geistliche, denen „illegaler Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel“ vorgeworfen wird, also Beihilfe zum illegalen Aufenthalt eines Flüchtlings. Wie stehen Sie zum Thema Kirchenasyl?**

Das Kirchenasyl ist oftmals die letzte Möglichkeit von Geflüchteten beim Kampf für ein Bleiberecht. Der Erfolg in Form der Gewährung eines Aufenthaltsrechts in vielen Fällen als Folge eines Kirchenasyls zeigt die Notwendigkeit der Maßnahmen. Eine strafrechtliche Verfolgung der beteiligten Geistlichen ist dementsprechend aus unserer Position nicht nachvollziehbar. Wer anderen Menschen auf diese Weise zu ihrem Recht verhilft ist kein Straftäter.

In diesem Sinne haben wir dieses Jahr auch unseren Sepp-Daxenberger-Preis an die evangelische Pfarrerin Doris Otminghaus aus Haßfurt verliehen, die sich rund um das Thema Kirchenasyl sehr engagiert: <https://gruene-bayern.de/gruene-zeichnen-furchtlose-pfarrerin-aus/>